

L3**Abteilung 16, SPD Grünes Dreieck****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Krieg in der Ukraine – Übernahme der Verantwortung für eigene Fehler und keine Zusammenarbeit mehr mit Autokrat*innen und Agressor*innen**

1
 2 Die Parteiführung wird aufgefordert, un-
 3 missverständlich die bislang gegenüber dem
 4 russischen Regime praktizierte Politik der
 5 Beschwichtigung und alle damit zusammen-
 6 hängenden Entscheidungen sozialdemokra-
 7 tischer Politiker*innen in der Vergangenheit
 8 zu verurteilen. Dies betrifft insbesondere
 9 Entscheidungen und Maßnahmen, welche
 10 zu der derzeitigen Abhängigkeit von russi-
 11 schen Energielieferungen sowie der engen
 12 wirtschaftlichen Verflechtung mit russischen
 13 Wirtschaftsunternehmen geführt haben bzw.
 14 dies nicht verhindert haben. Darüber hinaus
 15 sind alle politischen Äußerungen, Entscheidun-
 16 gen und Maßnahmen sozialdemokratischer
 17 Politiker*innen zu verurteilen, welche dazu
 18 beigetragen haben, nicht schon früher klar und
 19 angemessen auf russische Aggressionen und
 20 Menschenrechtsverletzungen im In- und Aus-
 21 land zu reagieren. Hierzu wird eine unabhän-
 22 gige wissenschaftliche Kommission eingesetzt,
 23 welche die Rolle der SPD als Partei aber auch
 24 einzelner sozialdemokratischer Politiker*innen
 25 (aktueller und ehemaliger Amtsträger*innen)
 26 untersuchen und unter klarer Benennung von
 27 Verantwortlichkeiten bewerten soll, inwie-
 28 weit diese durch ihre Politik und Positionen
 29 angemessen auf russische Aggressionen und
 30 Menschenrechtsverstöße reagiert haben und
 31 dies im Einklang mit dem offiziellen Partei-
 32 programm der SPD steht. Viel zu oft wurde im
 33 Umgang mit Russland der Satz „Wandel durch
 34 Handel“ benutzt, der eine Annäherung durch
 35 wirtschaftlichen Austausch vorgaukelt. Dabei
 36 ist es wichtig auch zu untersuchen, ob es dabei
 37 persönliche Vorteilsnahmen in wirtschaftlicher
 38 oder anderer Form durch aktive Politiker*innen

**Empfehlung der Antragskommission
Ablehnung (Kein Konsens)**

Die Parteiführung wird aufgefordert, un-
 missverständlich die bislang gegenüber dem
 russischen Regime praktizierte Politik der
 Beschwichtigung und alle damit zusammen-
 hängenden Entscheidungen sozialdemokra-
 tischer Politiker*innen in der Vergangenheit
 zu verurteilen. Dies betrifft insbesondere
 Entscheidungen und Maßnahmen, welche
 zu der derzeitigen Abhängigkeit von russi-
 schen Energielieferungen sowie der engen
 wirtschaftlichen Verflechtung mit russischen
 Wirtschaftsunternehmen geführt haben bzw.
 dies nicht verhindert haben. Darüber hinaus
 sind alle, Entscheidungen und Maßnahmen
 sozialdemokratischer Politiker*innen aufzuar-
 beiten, welche dazu beigetragen haben, nicht
 schon früher klar und angemessen auf russische
 Aggressionen und Menschenrechtsverletzun-
 gen im In- und Ausland zu reagieren. Hierzu
 wird eine unabhängige wissenschaftliche Kom-
 mission eingesetzt, welche die Rolle der SPD
 als Partei aber auch einzelner sozialdemokrati-
 scher Politiker*innen (aktueller und ehemaliger
 Amtsträger*innen) untersuchen und unter
 klarer Benennung von Verantwortlichkeiten
 bewerten soll, inwieweit diese durch ihre Politik
 und Positionen angemessen auf russische
 Aggressionen und Menschenrechtsverstöße
 reagiert haben und dies im Einklang mit dem
 offiziellen Parteiprogramm der SPD steht. Viel
 zu oft wurde im Umgang mit Russland der
 Satz „Wandel durch Handel“ benutzt, der eine
 Annäherung durch wirtschaftlichen Austausch
 vorgaukelt. Dabei ist es wichtig auch zu unter-
 suchen, ob es dabei persönliche Vorteilsnahmen
 in wirtschaftlicher oder anderer Form durch
 aktive Politiker*innen der SPD gab.

39 der SPD gab.
40 Darüber hinaus stellt die Parteiführung klar,
41 dass Diktaturen, Autokratien und aggressive Re-
42 gime aller Art zukünftig keine Partner mehr
43 sein können und dass jegliches Verhalten sozi-
44 aldemokratischer Politiker*innen, welches dem
45 entgegensteht, klar verurteilt werden und so-
46 weit möglich auch entsprechende Konsequen-
47 zen, wie die Aberkennung von Amtsprivilegi-
48 en, Ehrungen oder auch die Parteimitgliedschaft
49 zur Folge haben wird.

50

51 **Begründung**

52 Die derzeitige Aggression des russischen Re-
53 gimes gegen die Ukraine kam nicht aus heite-
54 rem Himmel und hat auch nicht erst am 24.
55 Februar diesen Jahres begonnen. Der völker-
56 rechtswidrige Angriffskrieg des russischen Re-
57 gimes gegen die Ukraine begann bereits am
58 18.03.2014 mit der Annexion der Krim und den
59 folgenden Monaten mit verdeckten Entsendung
60 von Geheimagent*innen und „Soldat*innen auf
61 Urlaub“ in den Donbass sowie der daraus re-
62 sultierenden Ausrufung sogenannter Volksre-
63 publikten. Begleitet wurde die militärische Ag-
64 gression mit beispiellosen Drohungen gegen
65 die Ukraine und weitere europäische Staaten.
66 Zwar wurden als Konsequenz wirtschaftliche
67 Sanktionen beschlossen. Diese waren allerdings
68 viel zu schwach, um das russische Regime von
69 seiner Eskalationsspirale abzubringen. Obwohl
70 sich spätestens ab diesem Zeitpunkt der ag-
71 gressive revisionistisch-chauvinistische Charak-
72 ter des russischen Regimes offen zeigte, wurden
73 die wirtschaftlichen Verflechtungen mit diesem
74 Regime immer weiter vorangetrieben. So wur-
75 den beispielsweise weder Nord Stream 2 ge-
76 stoppt, noch die Übernahme deutscher Erdgas-
77 speicher durch russische Staatskonzerne verhin-
78 dert und auch keine Schritte zur Reduzierung
79 der Energielieferungen aus Russland unternom-
80 men. Die Folge dieser kurzsichtigen auch von so-
81 zialdemokratischen Politiker*innen verantwor-
82 teten Politik ist nicht nur eine erhebliche Abhän-
83 gigkeit von russischen Energielieferungen. Die
84 hohen Summen, welche für die Energielieferun-

85 gen von Deutschland bezahlt wurden, dienten
86 der Finanzierung schwerster Menschenrechts-
87 verletzungen bspw. in Syrien, der Unterstützung
88 rechtspopulistischer und faschistischer Parteien
89 in Europa und schlussendlich auch der Finan-
90 zierung des weitergehenden Überfalls auf die
91 Ukraine seit dem 24.02.2022. Warnungen aus
92 dem In- und Ausland, insbesondere Osteuro-
93 pa, vor den Konsequenzen dieser Politik wurden
94 ignoriert oder in höchst herablassender und ar-
95 roganter Art und Weise abgetan. Auch im un-
96 mittelbaren Vorfeld des 24.02.2022 wurde sei-
97 tens der sozialdemokratisch geführten Bundes-
98 regierung von der Ukraine dringend erbetene
99 Lieferung zur Stärkung der Selbstverteidigung
100 verweigert und dies mit fadenscheinigen Argu-
101 menten begründet. Dabei war der wahre Cha-
102 rakter des russischen Regimes schon früh offen-
103 kundig. Die Zerstörung von Städten wie Gros-
104 ny und Aleppo, die Ermordung von Regimekri-
105 tiker*innen wie Anna Politowskaja und Boris
106 Nemzow, die Verhaftung von Oppositionspoli-
107 tiker*innen wie Alexander Nawalny, die Verfol-
108 gung ethnischer Minderheiten wie den Krimta-
109 taren sowie die Durchführung von Attentaten
110 im Ausland – auch direkt vor unserer Haustür
111 im kleinen Tiergarten – sprechen eine deutliche
112 Sprache. Dennoch wurden nur allzu häufig die
113 Handlungen des russischen Regimes nicht hin-
114 terfragt und die Augen vor dessen wahren Cha-
115 rakter verschlossen. Dieser Verantwortung kön-
116 nen wir uns als Sozialdemokraten nicht entzie-
117 hen und müssen die Fehler der politisch verant-
118 wortlichen Entscheidungsträger*innen klar be-
119 nennen und entsprechende Konsequenzen für
120 unser zukünftiges politisches Handeln ziehen.
121 Für die konkrete Aufarbeitung sollte eine inter-
122 disziplinär besetzte Kommission unter anderem
123 aus Historiker*innen sowie Politik- und Wirt-
124 schaftswissenschaftler*innen beauftragt wer-
125 den. Die Ergebnisse dieser Kommission sollten
126 die Grundlage für Beschlüsse über unser zu-
127 künftiges Handeln bilden, um eine derart unge-
128 sunden Nähe zu anderen Autokratien, Diktaturen
129 und aggressiven Regimen aller Art zu vermei-
130 den.

131

132

